

Europäische Solidarität – überall und nirgends?



Solidarität ist im politischen Diskurs der EU allgegenwärtig – insbesondere in Krisen wie der Eurokrise, der COVID-19-Pandemie oder angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Der Beitrag argumentiert, dass diese häufige Berufung auf Solidarität zu einer begrifflichen Entleerung und politischen Entwertung geführt hat. Solidarität wird beschworen, aber selten konkret umgesetzt. Mit Verweis auf die vergangenen Krisen wird verdeutlicht, wie Solidarität ihre Wirkung verliert, wenn sie nicht klar definiert und institutionell verankert ist. Um dem entgegenzuwirken, braucht es nicht nur neue Praktiken, sondern auch eine bewusstere Kommunikationsstrategie, die auch ein strategisches Schweigen umfasst, um den Begriff wieder zu schärfen und die Öffentlichkeit für Solidarität zu sensibilisieren.

Ein weiterer Aufsatz zur Solidarität, mögen Sie denken. Noch dazu werden Europa und europäische Solidarität thematisiert – muss das sein?

Anfang der 2000er Jahre sah die politische Diskussion um Solidarität anders aus. Solidarität fristete ein Schattendasein in der politischen Öffentlichkeit in Deutschland – jenseits unsäglicher Debatten um den ‚Soli‘ für ostdeutsche Bundesländer – und war, wenn überhaupt, auf linken Demonstrationen präsent oder in gewerkschaftlichen Kontexten, wo das Solidaritätslied von Bertolt Brecht gespielt wurde und in denen mantrahaft die Solidarität der Arbeiter:innen beschworen wurde. In den letzten fast zwei Dekaden wurde der öffentliche Diskurs nahezu geflutet von Proklamationen, dass eine Partei, eine Politikerin oder eine Organisation sich zur Solidarität bekenne und für mehr Solidarität in Europa werbe.

Solidarität ist damit längst nicht mehr der exklusive Begriff von Gewerkschaftler:innen, Antifa-Demos und linken Politiker:innen und war es womöglich nie. Aber dann überrascht es doch, dass konservative Politiker:innen wie

die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) oder der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und sogar rechte Politiker:innen wie der Chef der italienischen Lega Matteo Salvini und die ehemalige polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz (PiS) Solidarität forderten. Und diese diskursive Präsenz beschränkt sich nicht auf einzelne Politikfelder oder bestimmte Krisen (Wallaschek u.a. 2020). Nach der Eurokrise folgten die europäische Grenz- und Migrationskrise, der Brexit, die COVID-19-Pandemie und schließlich die russische Invasion in die Ukraine. Solidarität wurde dabei auch zum Alltagswort in Diskussionen über die Europäische Union, ihre Zukunft und nächste Integrationsschritte.

Man könnte meinen, dass diese Aufmerksamkeit für Solidarität zu einer solidarischeren EU führen müsste. Wer Solidarität auf die Agenda setzt, muss aushandeln, was darunter verstanden wird – und politische Akteure müssen sich zu Solidaritätsforderungen positionieren. Solidarität ist – wie Andreas Bussen (2023) zuletzt argumentierte – eine wirkmächtige Argumentationsfigur,



Stefan Wallaschek

© Lukas Klose

weil diese sowohl deskriptive als auch normative Elemente beinhaltet und damit gerade in Krisenzeiten für verschiedene Diskurse anknüpfungsfähig ist. Solidaritätsbekundungen haben gegenüber allgemeinen Forderungen nach Gerechtigkeit oder Fairness einen entscheidenden Vorteil: Sie müssen konkretisiert werden, um wirksam zu sein. Während fast alle zustimmen würden, wenn es heißt „für eine gerechte Welt“ oder „für faire Arbeitsbedingungen“,

 Bekundungen von Solidarität müssen immer konkretisiert werden, um wirksam zu sein

bleibt ein Aufruf „für eine solidarische Welt“ vage. Daher wird Solidarität meist in konkreten Konstellationen beschworen, indem Solidarität mit den Opfern einer Naturkatastrophe oder Solidarität gegen rechtsextreme Gewalt proklamiert wird. Immer gibt es ein Gegenüber, mit dem man sich solidarisiert, oder eine Bedrohung, von der man sich gemeinsam abgrenzt. Solidarität ist ein relationaler Begriff – sie setzt sowohl